

2074/J XXI.GP
Eingelangt am: 5.3.2001

ANFRAGE

der Abgeordneten Ludmilla Parfuss und GenossInnen
an den Bundesminister für Justiz
betreffend Schließung von Bezirksgerichten im Bezirk Deutschlandsberg

Aus Medienberichten war in letzter Zeit immer wieder zu entnehmen, dass es im Zuge einer Umstrukturierung der Gerichtsorganisation durch das Bundesministerium für Justiz zu Schließungen und Zusammenlegungen von Bezirksgerichten kommt. In diese Pläne sollen unter anderem auch die Schließung der Bezirksgerichte Deutschlandsberg, Stainz und Eibiswald einbezogen sein. Die Bevölkerung in den betreffenden Regionen ist durch diese Pressemeldungen verunsichert, da gerade für Bewohner abgelegener ländlicher Gebiete enorme Nachteile und Verschlechterungen zu befürchten sind.

Alle Bürgermeister des Bezirks Deutschlandsberg haben daher geschlossen eine Resolution unterzeichnet, die sich entschieden gegen die Schließung der Bezirksgerichte richtet (Resolution liegt bei).

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Justiz nachstehende

Anfrage:

1. Werden Sie die Bedenken der Bevölkerung und deren Vertretern bei Ihren Überlegungen bezüglich der Schließung von Bezirksgerichten im Bezirk Deutschlandsberg berücksichtigen?
2. Wenn nein, warum nicht?
3. Welche Bezirksgerichte sind im Bezirk Deutschlandsberg aufgrund der Strukturänderungen konkret bedroht?
4. Wurden bezüglich Schließung und Zusammenlegung von Bezirksgerichten im Bezirk Deutschlandsberg bis zum heutigen Tag schon Gespräche seitens des Bundesministeriums mit dem Land Steiermark aufgenommen?
5. Wenn ja gibt es schon konkrete Ergebnisse?
6. Wenn nein, wann werden diese Gespräche aufgenommen?
7. Wie hoch beläuft sich die Kostenersparnis aufgrund der Schließung und Zusammenlegung von Bezirksgerichten in Deutschlandsberg?
8. Gibt es im Zuge der Umstrukturierung der Gerichtsorganisation auch Pläne für Änderungen in der sachlichen Zuständigkeit der Gerichte?
9. Was passiert mit den Mitarbeitern der von der Schließung betroffenen Bezirksgerichte?

10. Wurden die Mitarbeiter diesbezüglich schon informiert?
11. Welche, der von der Schließung bedrohten Bezirksgerichte wurden in den letzten 10 Jahren renoviert?
12. Wie hoch beliefen sich hierfür die Kosten?
13. In welchem Ausmaß, gereiht nach betroffenen Gerichten und Kalenderjahren, wurde von der rechtsuchenden Bevölkerung die Beratungsleistung dieser Gerichte im Rahmen der Amtstage in Anspruch genommen?
14. Wie viele Beratungen, gereiht nach betroffenem Bezirksgericht und Kalenderjahr, fanden im Bereich des Familien - , Ehe - und Kindschaftsrechtes statt?
15. Welches statistische Datenmaterial über die Inanspruchnahme der Beratungsleistungen der betroffenen Bezirksgerichte wurde den Überlegungen zur Umstrukturierung der Gerichtsorganisation zugrunde gelegt?
16. Wurden Erhebungen durchgeführt, inwieweit die genannten Beratungen einer Erhöhung der Anzahl von streitigen und außerstreitigen Verfahren entgegenwirken?
17. Wurden die Auswirkungen der Schließung von Bezirksgerichten auf eine mögliche Erhöhung der anhängigen Gerichtsverfahren überprüft?
18. In welchem durchschnittlichen Ausmaß, bezogen auf den jeweilig betroffenen Gerichtssprengel, erhöhen sich die Anfahrtswege der rechtsuchenden Bevölkerung?

Anlage „Weststeirische Rundschau“ konnte nicht gescannt werden !!!